

**A N F R A G E** von Michèle Dünki (SP, Glattfelden) und Rafael Steiner (SP, Winterthur)

betreffend LÜ16: Sparmassnahmen bei der Kantonspolizei auf Kosten der Städte und Gemeinden?

---

Für die Sicherheit im Kanton Zürich ist die Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei und regionalen Gemeinde- oder Stadtpolizeien unerlässlich. Die verschiedenen Organisationen unterstützen sich bei Grossereignissen und arbeiten Hand in Hand. Im RRB 236 vom 16. März 2016 kündigt der Regierungsrat unter anderem in der Leistungsgruppe Nr. 3100 (Kantonspolizei) diverse Massnahmen zur Durchsetzung der Leistungsüberprüfung 2016 an: Massnahme F2.3 fordert, nur noch zurückhaltend Personaleinsätze der Kantonspolizei für Dritte zu leisten.

Die Anfragenden bitten den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Betreffen diese Massnahmen auch Einsätze für Private, andere Kantone oder den Bund?
2. Bei welchen Einsätzen gedenkt der Regierungsrat weniger Personal zu stellen?
3. Welche Gemeinden und Anlässe sind davon besonders betroffen?
4. Was müssen die Gemeinden unternehmen, damit aufgrund der reduzierten Personaleinsätze der Kantonspolizei kein Sicherheitsrisiko entsteht?
5. Welche zusätzlichen Kosten werden aufgrund dieser Sparmassnahme des Kantons bei den Gemeinden und Städten anfallen?

Michèle Dünki  
Rafael Steiner